



## Newsletter 11 (2018)

Boniface Mabanza

Marikana-Massaker: sechs Jahre danach

Am 16. August 2018 gedachte Südafrika zum sechsten Mal des Todes von 34 Minenarbeitern, welche am 16. August 2012 in Marikana von der südafrikanischen Polizei ermordet wurden. Auch sechs Jahre danach hat sich die Situation in Marikana kaum verändert. Noch immer wurde keine einzige Person wegen des Massakers an den Minenarbeitern zur Rechenschaft gezogen. Trotz anhaltender Versprechungen der Regierung, Entschädigung für die Hinterbliebenen der getöteten Minenarbeiter zu zahlen, welche Cyril Ramaphosa bei seiner Amtsübernahme erneut bekräftigt hat, sind den Worten keine Taten gefolgt. Dabei verhandeln die AnwältInnen der Hinterbliebenen bereits seit längerer Zeit mit der Regierung über eine angemessene Entschädigung für die Familien der Getöteten. Erschwert werden diese Verhandlungen unter anderem dadurch, dass die Unterhändler der Regierung oftmals lieber mit den Medien kommunizieren, als mit den AnwältInnen der Hinterbliebenen. So entstand für die Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck, es seien längst Entschädigungen gezahlt worden, bzw. die Gegenseite würde die Verhandlungen verkomplizieren.

Um sich nach der Ermordung ihrer „Brotbringer“ über Wasser zu halten, hatten die Witwen und andere Angehörige der getöteten Minenarbeiter keine andere Wahl, als die Jobs anzunehmen, die Lonmin ihnen auf Druck der Öffentlichkeit hin angeboten hatte. Zufrieden sind sie mit dieser Arbeit keineswegs, zumal diese sie immer wieder neu traumatisiert, weil sie zum Teil unter Tage arbeiten, wie zuvor ihre ermordeten Angehörigen. Oder aber sie putzen die Büros der Manager, die für das Massaker mitverantwortlich sind. Nach sechs Jahren sind sie immer noch mit dieser Wirklichkeit konfrontiert. Die Alternative wäre gewesen, ihre Familien verhungern zu lassen. Ihre Kinder und andere Familienmitglieder, die in ihren Heimatregionen in Eastern Cape, in Lesotho oder Eswatini geblieben sind oder Internatsschulen besuchen, sehen sie nur selten: eine Familiensituation, wie aus Apartheidzeiten.

Über diese Tatsache, dass sich für die Familien der getöteten Minenarbeiter und für die Gemeinschaften um Marikana herum so gut wie nichts verändert hat, wurde in Südafrika im Vorfeld

des sechsten Jahrestages des Massakers intensiv diskutiert. Radio-, Fernsehsendungen und Diskussionsforen wurden zu diesem Thema organisiert.

Die Kampagne „Plough back the fruits“ trug mit der Vorstellung des Buches „Business as Usual after Marikana“ ebenfalls dazu bei. Die englischsprachige Ausgabe von „Zum Beispiel BASF“ wurde am 15.08.2018 auf dem Campus der Johannesburger WITS Universität vorgestellt.

Am Tag davor organisierte das zweite Programm der südafrikanischen Fernsehanstalt SABC eine Talkrunde zu diesem Thema. Obwohl die Sendung mangelhaft strukturiert war und zu wenig Raum für eine tiefergehende Diskussion über die aktuelle Lage in Marikana sowie die fehlende Aufarbeitung des Geschehenen bot, war sie doch für den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen rund um Marikana bezeichnend. Eingeladen wurden u.a. Aliko Saragas, Regisseurin des Filmes „Strike a Rock“, der sich mit der Situation in Marikana fünf Jahre nach dem Massaker auseinandersetzt, Bischof Seoka von der Bench Marks Foundation, die AnwältInnen Nomsamo Zondo vom Socio-Economic Rights Institute of South Africa, Andries Nkome vom Nkome Arttoneys, beide VertreterInnen von Familien von getöteten Minenarbeitern und dazu noch VertreterInnen von EFF, von DA, vom ANC und von den beiden Gewerkschaften AMCU und NUM, welche im Vorfeld des Massakers im Mittelpunkt des Konfliktes standen. Zugegeben, für eine Stunde Sendezeit mit langen Werbeunterbrechungen dazwischen und Wortmeldungen von ausgewählten Gästen aus dem Publikum war die Zahl der eingeladenen Gäste schlichtweg zu hoch. Obwohl vier der eingeladenen Gäste nicht erschienen, bekamen diejenigen, die da waren, maximal nur fünf Minuten Redezeit zugestanden. Während die VertreterInnen der NGOs und die AnwältInnen ihre kurze Zeit dazu nutzten, um auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen von Marikana im Allgemeinen und im Besonderen aufmerksam zu machen, nutzten die VertreterInnen der Oppositionsparteien EFF und DA diese Chance für massive Vorwürfe gegenüber der ANC-geführten Regierung. Für sie war solch eine Fernsehsendung im freien Fernsehen trotz ihres chaotischen Charakters ein willkommener Anlass, um ihre jeweiligen Kampagnen gegen den ANC zu präsentieren. Da dies zu erwarten gewesen war, war es aus der Perspektive des ANCs als auch der NUM verständlich, dass beide der Einladung nicht gefolgt waren. Sie wären in dieser Sendung nur in der Defensive gewesen, ohne jedoch wirklich Zeit zu bekommen, sich zu verteidigen. Überraschend angesichts des Gesamtkontextes war die Abwesenheit von AMCU. Mit der Zeit verschieben sich die Konfliktlinien nicht nur im Blick auf das Massaker selbst, sondern auch im Blick auf den Umgang damit.

Dies bestätigte sich auch am 16. August, als die Marikana Support Group, Right2Know und Socio-Economic Rights Institute (SERI), einige der Anwälte der Familien und sogar einige der Witwen selbst, die in den ersten fünf Jahren am Jahrestag des Massakers immer präsent an der symbolträchtigen

Koppie in Marikana waren, eine Parallelveranstaltung organisierten, die an der Mandela-Bridge in Johannesburg stattfand. Diese Gedenkveranstaltung stand in einer Reihe von Aktivitäten, die zivilgesellschaftliche Organisationen anlässlich des sechsten Todestages in und um Johannesburg organisierten. Hervorzuheben ist hier vor allem noch die Vorstellung des vom Institute for Security Studies verfassten detaillierten Berichts über den Hergang des Massakers und insbesondere die Ereignisse auf der zweiten Koppie (Hügel) (in der Untersuchungskommission zum Marikana-Massaker als Scene 2 bezeichnet). Der Bericht ist eine fundierte Gegendarstellung zu der von der Polizei vorbereiteten „Notwehr-These“ und legt dar, dass es sich vielmehr um hinrichtungsartige Szenen gehandelt haben muß. Mittlerweile sind auch Stimmen beteiligter Polizisten laut geworden, die den offiziellen Darstellungen widersprechen.

Link zur Studie (nur englisch): <https://issafrica.org/iss-today/marikana-scene-2-uncovered>

Die AMCU selbst organisierte, wie in den letzten fünf Jahren, die zentrale Gedenkveranstaltung in Marikana und zusätzlich am 14.08.2018 zum ersten Mal eine „Marikana Memorial Lecture“. Sie fand im „Sandton Convention Centre“ statt und als Keynote Speaker wurde der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Provinz Westkap John Hlophe eingeladen.

Einer der Hauptgründe für die Zersplitterung der Solidaritätsbewegung rund um Marikana ist, dass viele Gruppen, einschließlich einiger der Opfer, AMCU – genauer gesagt einem Teil der AMCU-Führung – vorwerfen, das Massaker für die eigenen Zwecke zu vereinnahmen. Für die Hinterbliebenen der Minenarbeiter gibt es nichts Schlimmeres als dabei zuzusehen, dass sich auch nach sechs Jahren bei Lonmin nur wenig verändert hat, dass die Regierung ihre Versprechen nicht einlöst und vor allem, dass selbst die Front derer, die sich mit den Opfern solidarisieren, bröckelt.

**Herausgegeben von:**

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika  
Im WeltHaus Heidelberg  
Willy-Brandt-Platz 5  
69115 Heidelberg  
Telefon: (06221) 4 33 36-16  
Telefax: (06221) 4 33 36-29  
E-Mail: [kasa@woek.de](mailto:kasa@woek.de)

[www.kasa.de](http://www.kasa.de)

[www.basflonmin.de](http://www.basflonmin.de)

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL  
im Auftrag des BMZ

**KASA**  
Kirchliche Arbeitsstelle  
Südliches Afrika

BMZ  Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Bilder von einer Marikana-Gedenk-Kundgebung am 16. August 2018, Nelson Mandela Brücke, Johannesburg.

